

halten laut geworden. Namentlich Masato Tashiro, Leiter des WHO-Zentrums für Influenzaforschung in Tokyo, beklagte, dass China keinerlei Informationen über die Vogelgrippe weitergegeben habe, obwohl es bereits im Sommer 2003 Fälle von Vogelgrippe in China und anderen asiatischen Ländern gegeben haben soll. Masato Tashiro berichtete, dass Japan schon im Frühjahr 2003 den Import chinesischen Entenfleisches verboten habe, nachdem man in einer Schiffsladung H5N1 entdeckt habe (FT, 29.1.04). Einem Bericht der britischen Zeitschrift *New Scientist* zufolge soll die Vogelgrippe im Jahre 2003 in Südchina ausgebrochen sein, und zwar als Folge von Massenimpfungen, die man in China nach dem Ausbruch der Vogelgrippe in Hongkong im Jahre 1997 an Geflügel vorgenommen hatte. Der stellvertretende Agrarminister Qi Jinfa wies auf einer Konferenz über die Vogelgrippe in Bangkok diese Anschuldigung umgehend zurück. Auch chinesische Veterinärexperten verwahrten sich dagegen; es handle sich um eine rein theoretische Hypothese, für die es bislang keinerlei Beweise gebe. Der WHO-Vertreter in Beijing wollte sich zu der Anschuldigung nicht äußern, deutete aber an, dass man den von den Chinesen verwendeten Impfstoff sowie seine Wirkung genauer untersuchen müsse (vgl. XNA, 30.1.04; ST, 30.1.04). Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen, und Chinas Kampf gegen die Vogelgrippe steht erst am Anfang. -st-

20 Rückkehr von SARS

Nachdem in China die Lungenepidemie SARS im Juli 2003 offiziell für besiegt erklärt worden war (vgl. C.a., 2003/7, Ü 13), trat in der Provinz Guangdong Ende Dezember 2003 ein erneuter Verdachtsfall auf, der sich Anfang Januar 2004 bestätigte. Am 17. Januar meldete das Gesundheitsministerium zwei weitere SARS-Erkrankungen, doch alle drei Fälle, so hieß es, seien leichtere Formen und stellten keine Gefahr für die Bevölkerung dar. Dennoch rief das Ministerium zu erhöhter Wachsamkeit auf, insbesondere weil der erneute Ausbruch der Krankheit in China mit der Hauptreisesaison anlässlich des Frühlingsfestes zusammenfiel (vgl. XNA,

2., 3., 5., 7., 8., 11., 12., 17.1.04). Im Unterschied zum Ausbruch der SARS-Epidemie vor einem Jahr reagierte die chinesische Regierung dieses Mal prompt mit den notwendigen Maßnahmen wie z.B. Ermittlung der Kontaktpersonen; vor allem informierte sie die WHO umgehend über die Verdachtsfälle. Bereits zwei Tage nach Auftreten des ersten Verdachtsfalls, am 29. Dezember 2003, entsandten die WHO und das chinesische Gesundheitsministerium ein Expertenteam nach Guangdong, das die mögliche Quelle des SARS-Virus erkunden sollte. Am 10. Januar wurde ein zweites Untersuchungsteam der beiden Institutionen nach Guangdong geschickt. Die WHO zeigte sich äußerst zufrieden über die Kooperationsbereitschaft der chinesischen Regierung und die sofort ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung von SARS. Auch von Seiten der WHO wurden die drei SARS-Fälle nicht als Bedrohung für die Bevölkerung angesehen, es handle sich um Einzelfälle, und zumindest bislang bestehe keine Gefahr für einen erneuten Ausbruch der Epidemie (vgl. XNA, 8.-10., 14.1.04; ST, 8., 9.1.04; SCMP, 13.1.04).

Zu den Maßnahmen, die die Provinzregierung von Guangdong zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung von SARS unternahm, zählten das massenweise Töten von Zibetkatzen, die verschärfte Kontrolle der Wildtiermärkte und das Verbot, die speziell in Guangdong als Delikatesse geltenden Zibetkatzen zu verzehren und mit diesen Tieren zu handeln. Die Zibetkatze gilt als möglicher Überträger des SARS-Virus. Ob das Töten von rund 10.000 Zibetkatzen allerdings das SARS-Virus ausrotten kann, wird von Wissenschaftlern bezweifelt, denn die Herkunft des neuen Coronavirus, das für SARS verantwortlich ist, ist noch nicht geklärt. Auch das zeitgleich in Guangzhou eingeleitete Töten von Ratten dürfte wenig Erfolg haben. WHO-Experten warnten sogar vor dem Töten der Zibetkatzen, weil die Tiere unter Stress verstärkt Viren ausstoßen und die Leute, die die Vernichtung der Tiere vornehmen, infiziert werden könnten (vgl. XNA, 5.1.04; IHT, 5., 6.1.04; WSJ, 5., 6.1.04; NZZ, 6.1.04). -st-

Außenwirtschaft

21 Aufwertungsgerüchte dementiert

Gerüchten um eine Aufwertung des RMB widersprachen Premierminister Wen Jiabao und Vertreter der Zentralbank Anfang Februar dieses Jahres. Der Außenwert der Währung werde nicht verändert werden. Die erneute Versicherung von höchster Stelle war die Reaktion auf einen Kommentar in einer chinesischen Finanzzeitschrift einige Tage zuvor, in dem eine Aufwertung der Währung um 5% zum März und um weitere 10% im nächsten Jahr angekündigt wurde.

Ein Sprecher der Zentralbank hob hervor, dass die in der *China Business Post* veröffentlichte Ankündigung einer Aufwertung die Meinung der Zeitung sei und nicht die der Regierung. Es gebe derzeit keinen zeitlichen Fahrplan zur Veränderung des Wechselkurses.

Die Gerüchte um eine mögliche Aufwertung der Währung waren in den letzten Wochen immer stärker geworden. Viele Analysten sprachen davon, dass China die Bindung an den Dollar in diesem Jahr aufgeben und damit eine Aufwertung akzeptieren werde. So prognostizierten beispielsweise in einer Umfrage von Bloomberg News sieben von elf befragten Analysten, dass China bis Ende 2004 seine Währung aufwerten wird.

Auch die Goldman Sachs Group Inc. vertrat in einem kürzlich veröffentlichten Bericht die Position, dass mit einer einmaligen Aufwertung um 2,5% gegenüber dem US-Dollar im ersten Quartal 2004 zu rechnen sei. (HB, 5.1.04; FT, 23.1.04; NZZ, 6.2.04; *People's Daily* online, 9.2.04; IHT, 10.2.04; HB, 10.2.04)

Kritiker in den USA werfen China eine bewusste Unterbewertung der Währung mit dem Ziel vor, sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Während seiner Wahlkampagne bezeichnete Präsident Bush China als das Beispiel eines Landes, mit dem die USA ein hohes Defizit im Handel haben

und dass sich unfaire Handelsvorteile verschafft. Bush forderte China auf, währungspolitische Schritte zu unternehmen (AWSJ, 21.1.04): „We expect countries like China to understand that trade imbalances means trade is not balanced and fair. They have got to deal with their currency“. -schü-

22 Europäischer Textilverband fordert Schutzklausel gegenüber chinesischen Einfuhren

Mitte Januar kündigte der europäische Textil-Herstellerverband Euratex eine Beschwerde bei der EU-Kommission gegen eine Überschwemmung mit Billigtextilien aus China an. In den ersten neun Monaten d.J. waren die Textilimporte aus China dem Wert nach um 91% und im Volumen um 300% gegenüber dem Jahr 2001 gestiegen. Der starke Anstieg der Einfuhren aus China hat Euratex zufolge dazu geführt, dass die Preise stark gefallen seien und andere asiatische Anbieter vom Markt verdrängt würden. Euratex befürchtet weiterhin, dass nach dem Wegfall der noch verbleibenden Textilquoten – nach dem Auslaufen des Textilabkommens zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern (Agreement on Textiles and Clothing) – mit noch höheren Zunahmen der Einfuhren aus China gerechnet werden muss.

Auch die USA hatten im November Importbeschränkungen für verschiedene Arten von Textilien und Bekleidung mit der Begründung verhängt, dass die dramatischen Importsteigerungen zu einer Bedrohung für US-amerikanische Textilhersteller geführt haben.

Euratex will die EU-Kommission davon überzeugen, dass für den Schutz der europäischen Textilhersteller eine Einfuhrbeschränkung notwendig ist. Diese Vorgehensweise ist mit einer entsprechenden Vereinbarung im WTO-Beitrittsprotokoll kompatibel, mit der Handelspartnerländer die Möglichkeit haben, einseitige Maßnahmen zum Schutz der eigenen Industrie im Falle abrupter Importzuwächse aus China zu erlassen. Eine derartige Schutzklausel könnte die EU beschließen, müsste allerdings dann die Dumpingvorwürfe des europäischen Textilverbandes in China über-

prüfen. Im Rahmen der Schutzklausel kann die Exportquote Chinas bis zum Jahre 2008 auf ein bestimmtes Niveau eingefroren werden. Das als „special safeguard mechanism“ bekannte Verfahren gilt als eine wirkungsvolle Maßnahme der WTO-Mitgliedsländer im Handel mit China.

Innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten gibt es in Bezug auf die Verhängung von Importrestriktionen für Bekleidungseinfuhren unterschiedliche Positionen. Während Deutschland nicht mehr im Billig-Segment bei Textilien mit China im Wettbewerb steht, trifft dies durchaus noch für Hersteller in Frankreich und Spanien zu. Deutsche Handelskonzerne setzen sogar auf die günstigen Textilprodukte aus China. Da die Lieferungen i.d.R. in Dollar abgewickelt und dann auf dem Inlandsmarkt in Euro berechnet werden, profitieren sie auch durch die Wechselkursrelation. Weiterhin sind chinesische Anbieter nach Aussagen der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE) schnell, günstig und bieten eine gute Qualität.

Obwohl es auch Konfliktpunkte im bilateralen Handel zwischen China und der EU gibt, scheint das Verhältnis derzeit weniger spannungsreich als zwischen den USA und China. Der beidseitige Außenhandel belief sich im Jahre 2002 auf 115 Mrd. Euro (144,14 Mrd. US\$), sodass die EU damit Chinas zweitwichtigster Handelspartner war. Im Gegensatz zur USA weist die EU jedoch ein weitaus geringeres Defizit im Handel mit China auf, dass im Jahre 2002 „nur“ 47 Mrd. Euro ausmachte. Nach Einschätzung der EU könnten die Mitgliedsländer bis zum Jahre 2005 Chinas wichtigster Handelspartner werden. (FT, 15.1.04; HB, 16.1.04; AWSJ, 5.2.04) -schü-

23 USA legen Bericht zur Einhaltung der WTO-Verpflichtungen Chinas vor

Zum zweiten Mal nach Chinas WTO-Beitritt Ende 2001 haben die USA, genauer der „United States Trade Representative“, einen Bericht über die Einhaltung der Beitrittsverpflichtungen Chinas vorgelegt. Der 73-Seiten starke Bericht wurde am 11.12.2003 veröffentlicht und ist über das Internet zugänglich.

In der Zusammenfassung kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass eine Reihe sehr positiver Entwicklungen feststellbar sind. So habe China

- erste Schritte unternommen, systemische Probleme in der Verwaltung des Systems der „tariff-rate quota“ beim Import von Agrarprodukten zu lösen,
- bestimmte Barrieren im US-Handel mit Sojabohnen aufgehoben,
- die Kapitalanforderungen an bestimmte Finanzdienstleistungen reduziert,
- die Kfz-Finanzierung für Ausländer geöffnet, und
- Bedenken aufgehoben, die Chinas Mitgliedschaft in dem WTO-Komitee zur Ausweitung des Handels mit Produkten der Informationstechnologie behindert hatten.

Trotz dieser positiven Entwicklungen weist der Bericht darauf hin, dass der Elan bei der Umsetzung der WTO-Verpflichtungen im Jahre 2003 merklich nachgelassen habe. So sei die Umsetzung der WTO-Verpflichtungen in einigen Schlüsselbereichen, die von Bedeutung für die USA sind, nicht zufrieden stellend gewesen. Hierzu zählt, dass die Institutionalisierung von Marktmechanismen noch unvollständig geblieben sei und Interventionen in den Markt durch die Regierung ein allgemeines Phänomen seien.

Der Bericht hält der chinesischen Regierung jedoch zugute, dass die Umsetzung der WTO-Verpflichtungen unter schwierigen politischen und sozialen Bedingungen erfolgen musste: eine neue Führungsmannschaft, die SARS-Epidemie, Restrukturierung der Regierungsfunktionen in Wirtschaft und Handel und vielfältige soziale Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Übergang zu einer Marktwirtschaft.

Der Bericht ist unterteilt in verschiedene Bereiche der WTO-Verpflichtungen Chinas, und zwar Landwirtschaft, geistige Eigentumsrechte, Dienstleistungen, MWST-Politik, Transparenz, Handelsrechte und Distributionsdienstleistungen.

Chinas Potenzial als Markt für US-Agrarprodukte war dem Bericht nach ein wichtiger Schlüsselfaktor für die Unterstützung der Aufnahme Chinas durch die USA. Chinas Importbarrieren wurden schrittweise abgebaut. Zwischen Januar bis September 2003 verzeichneten die US-Exporte von Sojabohnen ein Rekordvolumen von 1,2 Mrd. US\$ und bei Baumwolle von 337 Mio. US\$, sodass sich das gesamte Volumen der Agrarexporte nach China auf 2,9 Mrd. US\$ bis September 2003 belief. Dies war ein Anstieg um 102% gegenüber der Vergleichsperiode 2002. Als negativ bewertet der Bericht beispielsweise die Versuche Chinas, über Regeln zur Biotechnologie und zu Gesundheitsstandards (Sanitary and Phytosanitary = SPS) die Agrarimporte zu beschränken.

Hinsichtlich der geistigen Eigentumsrechte (IPR) merkt der Bericht die positiven Schritte zur Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Umsetzung der IPR an. Allerdings mangelte es nach wie vor an einer wirkungsvollen Durchsetzung. Verstöße gebe es vor allem in den Bereichen Film, Musik, Software-Produkte, Pharmaprodukte, Informationstechnologie und andere Patente, Kfz-Teile etc. Im Bericht wird u.a. ein schärferes rechtliches Vorgehen gegen Verstöße verlangt.

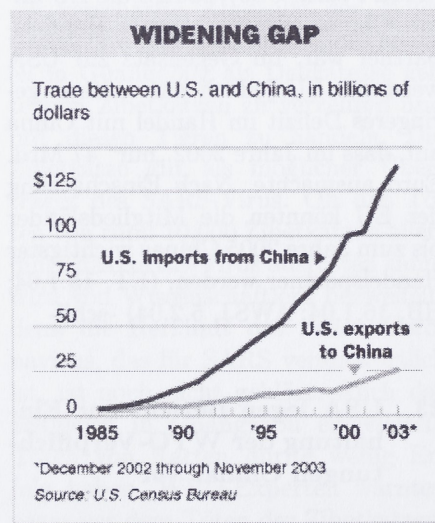
Bei den Dienstleistungen kritisiert der Bericht Transparenzprobleme und Kapitalanforderungen sowie andere Auflagen, die die internationalen Normen überschreiten. Nach bilateralen Verhandlungen habe China dem Bericht zufolge die Kapitalanforderungen im Versicherungssektor reduziert.

Der Bericht weist ebenfalls auf den Einsatz der MWST als Instrument zur Förderung der inländischen Produktion in bestimmten Industrie- und Agrarbereichen hin. Bei Halbleitern beispielsweise hätte die Rückerstattung von MWST für inländische Halbleiter-Hersteller die US-Exportunternehmen benachteiligt und wäre damit ein Verstoß gegen die WTO-Prinzipien.

Ein Schlüssel für die WTO-Aufnahme war dem Bericht zufolge die Einräumung unbeschränkter Rechte für chinesische und ausländische Unternehmen gewesen, sich im Bereich Außenhandel und im Dienstleistungssektor zu engagieren. Bisher falle China jedoch hinter die Verpflichtungen zurück, die innerhalb der ersten drei Jahre eine schrittweise Liberalisierung vorsehen. Die völlige Öffnung dieser Bereiche bis Ende des Jahres 2004 müsse dem Bericht nach unbedingt erfolgen. (<http://www.ustr.gov/regions/china-hk-mongolia-taiwan/2003-12-18-china.pdf>)

Der zweite Bericht über Chinas Einhaltung der WTO-Aufnahmeverpflichtungen kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die bilateralen Beziehungen durch die Veröffentlichung neuer Handelsdaten belastet sind. So lag nach chinesischen Angaben das bilaterale Handelsvolumen bei 126 Mrd. US\$, und China wurde der drittgrößte Handelspartner für die USA. Importen in Höhe von 34 Mrd. US\$ standen Exporte in die USA von 92 Mrd. US\$ gegenüber. (*People's Daily*, 9.2.04; <http://english.peopledaily.com.cn>)

Aus Sicht der USA lag das Defizit im Handel mit China bis November 2003 bereits bei 114 Mrd. US\$. (SCMP, 15.1.04) Statistiken des US Census Bureau zufolge erhöhten sich die Exporte Chinas vor allem seit Ende der 90er Jahre sprunghaft. (AWSJ, 30.1.04) (Siehe Abbildung). -schü-



Quelle: ASWJ, 30.1.04.

Binnenwirtschaft

24 Ländliche Einkommen und Getreideproduktion sollen im Jahr 2004 stärker steigen

Auf der Nationalen Konferenz zur Entwicklung der Landwirtschaft hatte Landwirtschaftsminister Du Qinglin angekündigt, die Erhöhung der bäuerlichen Einkommen in den Mittelpunkt der Agrarpolitik des Jahres 2004 zu stellen. Obwohl diese Zielvorgabe auch zu den Politikrichtlinien der vergangenen Jahre gezählt hat, blieb der Einkommensanstieg der ländlichen Bevölkerung im Jahre 2003 noch hinter dem des Jahres 2002 zurück.

Die Einkommen der ländlichen Bevölkerung erhöhten sich lediglich um 4,3% gegenüber 2002 und lagen bei einem Niveau von 2.622 Yuan (316 US\$). Gegenüber der städtischen Bevölkerung lag der Anstieg der Einkommen deutlich niedriger, da diese einen Einkommenszuwachs von 9,3% realisieren konnten. Die Zunahme der Einkommen der Bauern im Jahre 2003 blieb auch hinter der Einkommenssteigerung von 4,8% im Jahre 2002 zurück.

Als Gründe für den relativ geringen Zuwachs der bäuerlichen Einkommen gelten Naturkatastrophen wie Trockenheit und Überschwemmungen, die zu einem Rückgang der Getreideproduktion geführt hatten. Vom Chefökonom des Staatlichen Statistikamtes, Yao Jingyuan, wird auch der Ausbruch der SARS-Epidemie als Ursache für den geringen Einkommensanstieg hervorgehoben.

Um eine Verbesserung der ländlichen Einkommenssituation zu erreichen, nannte der Landwirtschaftsminister folgende vier Maßnahmen:

- 1) Umfassende Erschließung der Potenziale des Agrarsektors, um die Einkommen der Bauern zu erhöhen, darunter die aktive Förderung neuer Wachstumsbereiche in der Vieh- und Fischzucht.
- 2) Erschließung von Einkommensmöglichkeiten außerhalb des Agrarsektors; Entwicklung des